

politik.offen NEWSLETTER

Ausgabe: 15/ Juni 2011 • Herausgeberin: Hanka Kliese, MdL; Texte: Sabine Sieble, Tobias Virgin, Hanka Kliese • Gestaltung: Lysann Németh

Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn das Wetter die Sommerpause schon einläuten will und die Ausschüsse im Sächsischen Landtag zum vorerst letzten Mal (bis Mitte August) getagt haben, steht für das "politik.offen"-Team noch eine Menge auf der Agenda. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit "Zeitgeist"-Themen wie Bürgerbeteiligung und Bürgergesellschaft, aber auch das Aufarbeiten historischer Themen.

Auch in diesem Monat wurde unsere Arbeit durch eine Praktikantin, Alisa Otte, bereichert, die sich innerhalb von zwei Wochen ein Bild von der Arbeit im Landtag und im Abgeordnetenbüro machen konnte und dazu für unseren Newsletter einen Bericht verfasst hat.

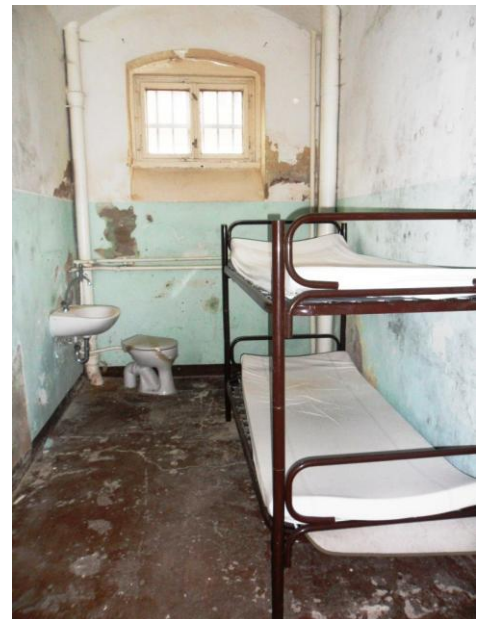
Eine angenehme Lektüre wünscht

Hanka Kliese



ASF Chemnitz besucht das ehemalige DDR-Frauengefängnis

Am 21. Mai besuchte die Chemnitzer Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) um Peggy Szymenderski, Sabine Sieble und Hanka Kliese das ehemalige DDR-Frauengefängnis auf der Burg Hoheneck bei Stollberg. Der Besuch stand schon lange auf der Agenda der ASF. Facetten des Lebens von Frauen in der DDR aufzuspüren bedeutet eben nicht zuletzt, sich mit Repression auseinander zu setzen. In Hoheneck ist dies möglich, wengleich es sich nicht um eine geförderte Gedenkstätte handelt und die Räumlichkeiten nicht entsprechend aufbereitet sind. Was man sieht, ist nur durch die Erläuterungen zu begreifen, die es im Rahmen der Führung gibt. Die in Hoheneck aus politischen Gründen (z.B. versuchte Republikflucht) inhaftierten weiblichen Gefangenen wurden mit Frauen, die schwere Verbrechen bis hin zu Mord begangen hatten, in den Zellen gemischt. Ihre Arbeit übten sie im Textilverarbeitungsbereich, etwa für Konzerne wie „Quelle“, aus. Die medizinische Versorgung und Ernährung waren defizitär. Doch schlimmer als dies wirkte wohl der psychische Terror, der etwa durch das Wegnehmen der Kinder, die mitunter in der Haft zur Welt kamen, die völlige Isolation von der Außenwelt und willkürliche Bestrafungen mit Dunkelarrest etc. ausgeübt wurde. Was in Hoheneck zu erfahren ist, lässt die Besucher tief erschüttert zurück und ist unverzichtbarer Bestandteil der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Umso wichtiger ist es, dass das einstige Gefängnis, welches heute in Privatbesitz ist, den Status einer Gedenkstätte und damit verbundene Unterstützung vom Freistaat erhält. Dafür wollen sich Hanka Kliese und ihre Mitstreiterinnen der ASF unbedingt einsetzen; eine Pressemitteilung begleitend zum Besuch des ehemaligen Gefängnisses unterstrich bereits diese Forderung.



Eine Zelle mit zwei Betten für vier Frauen, wie sie nach der späten Sanierung ausgestattet war



Sachverständigenanhörung zu Rechtsextremismus-Studien

Am 9. Juli fand im Innenausschuss des Sächsischen Landtages eine Sachverständigenanhörung zum Antrag der LINKEN „Konsequenzen der Staatsregierung aus aktuellen Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus und anderen Einstellungsmustern der extremen Rechten“ statt. Sachverständige, vorrangig aus wissenschaftlichen Arbeitsbereichen, nahmen in diesem Rahmen Stellung zu den Studien, etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung, die eine alarmierend hohe Quote von z.B. rassistischen Einstellungsmustern in der Mitte der Gesellschaft konstatieren. Was die Konsequenzen dieser Studien angeht, waren sich die Sachverständigen unsono einig: Die Einführung eines „Sachsen-Monitors“ als Instrument der Messung der Veränderung von politischen Einstellungen sei ein wichtiger Schritt, um diese Phänomene erfassen und damit auch wirksam bekämpfen zu können. Einige Sachverständige, unter ihnen auch Professor Uwe Backes, stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, sprachen sich auch für eine Erfassung linksextremer Phänomene aus. Dies wird von Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Gemeinsam mit ihrem Fraktionskollegen und Sprecher für demokratische Kultur, Henning Homann, wird Hanka Kliese in einem Antrag die Einführung eines „Sachsen Monitors“ fordern.



Sachverständiger Uwe Backes, Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden



20 Jahre Stasi-Unterlagengesetz: Versöhnung versus Aufarbeitung?

Am 16. Juni diskutierten in der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden sachkundige Referenten über eine bevorstehende Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes. Professor Hansjürgen Garstka formulierte in seinem einführenden Referat provokante Thesen, welche kontroverse Reaktionen bei Diskussionsteilnehmern um Lutz Rathenow, Reiner Deutschmann (MdB, FDP), Joachim Förster (BStU) und Siegfried Reiprich (Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten) hervorriefen. Garstka berief sich auf einen Artikel Egon Bahrs, der von einer "Verpflichtung zum Abfinden" schrieb und beklagte, dass anstelle der Versöhnung die Aufarbeitung getreten sei. Der frühere Sozialdemokrat Reiprich teilte diese Auffassung nicht. "Es gibt kein Recht auf Versöhnung", argumentierte er, es sei möglich, um Verzeihung zu bitten. Um eine strafrechtliche Verfolgung ging es dabei jedoch nicht mehr. Zur Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes liegt inzwischen ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen im Bundestag vor. Dieser beinhaltet unter anderem die Möglichkeiten der Überprüfung von Parlamentariern und Personen in leitenden Behörden sowie eine Lösung für die oft aufkommende Frage zum Zugang zu Verstorbenenakten durch Angehörige. Zum Gesetzentwurf wird am 27. Juni im Kulturausschuss des Bundestages eine Anhörung stattfinden.



Die Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden



AK Sport in Markkleeberg

Der Arbeitskreis Sport der SPD-Landtagsfraktion tagte dieses Mal nicht im Sächsischen Landtag in Dresden, sondern im Vereinsheim des TSV 1886 Markkleeberg. Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Petra Köpping und der sportpolitischen Sprecherin Hanka Kliese diskutierten Ehrenamtliche der lokalen Sportvereine über die Vorlage des Sportfördergesetzes der SPD-Landtagsfraktion. „Mit dem Sportfördergesetz soll besonders der Breitensport eine langfristige und feste finanzielle Unterstützung seitens des Freistaates erfahren“, erklärte Hanka Kliese zur Intention des Gesetzes. Besonders kontrovers wurde die Frage erörtert, ob die Förderung des Sports als kommunale Pflichtaufgabe verankert werden sollte oder nicht. Konsens bestand hingegen in dem Wunsch, die „bürokratischen Hürden, die oft die ehrenamtlichen Tätigkeiten im Verein“ behindern, abzubauen. Das Gesetz wurde von den Anwesenden als „sehr begrüßenswert“ aufgenommen – auch wenn es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament schwierig wird, das Gesetz auf den Weg zu bringen, wie die beiden SPD-Landtagsabgeordneten erklärten. Anschließend besichtigte der Arbeitskreis mehrere Sportstätten vor Ort und informierte sich über deren Zustand. Der nächste Arbeitskreis tagt nach der Sommerpause am 24. September, voraussichtlich in Chemnitz.



Der AK Sport tagte in Markkleeberg



Praktikumsbericht von Alisa Otte

Mein Name ist Alisa Otte und ich bin 17 Jahre alt. Zurzeit besuche ich die 11. Klasse des Wirtschaftsgymnasiums in Chemnitz. In dieser Klassenstufe absolvieren die Schüler ein zweiwöchiges Praktikum in einem Betrieb ihrer Wahl. Ich habe mich im Abgeordnetenbüro „politik.offen“ von Hanka Kliese beworben, da es mich sehr interessiert, wie Politik in unserer Stadt, aber auch im Freistaat Sachsen funktioniert. Meinen ersten Tag verbrachte ich im Büro mit der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Sabine Sieble. Außerdem durfte ich in den folgenden Tagen, zusammen mit Hanka Kliese, einer SPD-Fraktions- und einer Plenumsitzung in Dresden beiwohnen. Die zwei Tage in der Landeshauptstadt waren sehr aufschlussreich und haben viel Spaß gemacht. Der Alltag im Büro gestaltete sich als sehr abwechslungsreich. Wir besuchten beispielsweise eine Pressekonferenz des Staatsministers Roland Wöllner und eine Ausstellungseröffnung über „Arbeit für Menschen mit Behinderung“ in der Landesdirektion. Im Büro lernte ich außerdem Tobias Virgin kennen, der auch wissenschaftlicher Mitarbeiter ist. In den zwei Wochen habe ich Politik von einer ganz neuen Seite kennengelernt. Es war sehr interessant zu sehen, wie Hanka Kliese und ihre Kollegen arbeiten und dabei oft viel Ausdauer beweisen müssen. Mir hat gut gefallen, dass auch mir viel Vertrauen entgegengebracht wurde. Ich habe sehr viele Erfahrungen gesammelt und fand die Wochen im Bürgerbüro „politik.offen“ super.



Praktikantin Alisa Otte bei der wöchentlichen Bürobesprechung mit Sabine Sieble und Hanka Kliese



Zwei Jahre Club Heinrich

Am 27. Juni wurde im Club Heinrich, dem Chemnitzer Freizeitclub für Menschen mit geistiger Behinderung, Geburtstag gefeiert. Das Team um Anett Uhlig empfing bei Sonnenschein und bester Laune etwa 25 Gäste, die regelmäßig den Club besuchen und die dortigen Angebote gern wahrnehmen. Der Club war ausgestaltet mit zahlreichen Fotos, die dokumentierten, was in den zwei Jahren im Club bereits stattfand: Gemeinsames Kochen, Faching feiern, Ausfahrten, Cocktails mixen, Spiele-Nachmittage und vieles mehr. Kulinarisch umrahmt wurde die fröhliche Feier vom Chef der Mobilen Behindertenhilfe, Kay Uhlig, der zum Geburtstag selbst am Grill stand und die Gäste auch vegetarisch verpflegte. Als Club-Mitglieder freuen sich Hanka Kliese und Sabine Sieble sehr über die positive Resonanz des Freizeitclubs und freuen sich jetzt schon auf ihren nächsten Besuch auf der Heinrich-Schütz-Straße 90 am 11. Juli 2011. Dann wird wieder gemeinsam gekocht.



Zahlreiche Gäste feierten ausgelassen den zweiten Geburtstag ihres Freizeitclubs



Juso-Verbandstag zum Thema Gleichstellung in Chemnitz

Der diesjährige Juso-Verbandstag am 11. Juni stand ganz im Zeichen des Themas Gleichstellung, wobei es nicht ausschließlich um die Gleichstellung von Männern und Frauen ging, sondern auch um Homosexuelle oder Menschen mit Behinderung. Folglich diskutierten die Jusos Sachsen in verschiedenen Workshops die Themen Diskriminierung von Frauen in der Wirtschaft, Inklusion oder Rollenbilder in den Medien. Für den Wirtschaftsbezug herrschte Einigkeit darüber, dass allein Gesetze und gesetzlich verordnete Quoten nicht ausreichen. Viel muss sich auch in der unternehmensinternen Führungs- und Kommunikationskultur sowohl bei Männern als auch bei Frauen ändern. Konkrete Projekte, wie sie beispielweise der DGB initiiert, können hier helfen. Der Workshop Inklusion unter der Leitung von Hanka Kliese erarbeitete konkrete Vorschläge zur Verbesserung der parteiinternen Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Die beiden nach den Geschlechtern getrennten Männer- und Frauendiskussionsrunden im Anschluss widmeten sich den Themen Homophobie im Fußball bzw. der Frage, ob es autonomer Frauenstrukturen in der Politik bedarf. Mit Inge Wetting-Danielmeier diskutierten um die 20 bei den Jusos und/oder der ASF aktive Frauen über das Für und Wider. Insgesamt war es ein sehr informativer Verbandstag, der deutlich machte, dass Gleichstellung mehr als nur ein „Frauen“-Thema ist, umso bedauerlicher ist es, dass sich die Anzahl der Jusos aus ganz Sachsen und v.a. aus Chemnitz in Grenzen hielt.



Hanka Kliese leitete den Workshop „Inklusion“



Diskussionsabend des SPD-Ortsvereins West erzgebirge zum Thema Inklusion in Kita, Schule und Beruf

Auf Einladung des SPD-Ortsvereins West erzgebirge fuhren Hanka Kliese und Sabine Sieble am 20. Mai nach Schwarzenberg. In der Aula des Bertold-Brecht-Gymnasiums fand ein Diskussionsabend zum Thema „Integration von Behinderten in Kita, Schule und Beruf“ statt. Schon allein der Titel lässt erkennen, dass in Sachen Inklusion in Sachsen noch ein weiter Weg vor uns liegt. Doch Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel: Nicole Scheel, Erzieherin an der integrativen Kita „Schwalbennest“ in Breitenbrunn, und Sabine Unger, Rektorin der Mittelschule Eibenstock, verdeutlichten in ihren Impulsvorträgen, wie die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Lernprozesse aussehen kann. Kooperiert die Mittelschule bisher hauptsächlich mit der Körperbehindertenschule Chemnitz wird demnächst auch ein autistisches Kind integrativ beschult werden. Das Referat von Herrn Reiner Böhme, Mitarbeiter einer Ergotherapiepraxis, verdeutlichte hingegen, dass es unterschiedliche Vorstellungen gibt, wie „Integration in den Arbeitsmarkt“ aussehen kann. Die Vermittlung eines Patienten in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung mag dem Wunsch nach geschützten (Arbeits-)Räumen sowie der Wahlfreiheit seitens eines Menschen mit Behinderung entsprechen, jedoch den grundlegenden und v.a. innovativen Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention (Stichwort: Inklusion) nur bedingt. Das Ziel der Konvention, mehr Menschen mit Behinderung von Beginn an in alle gesellschaftlichen Prozesse einzubeziehen, wird durch eine weitere Exklusion, hier auf dem Arbeitsmarkt, konterkariert. Hanka Kliese verdeutlichte abschließend, welche parlamentarischen Initiativen im Landtag in Sachen Politik für Menschen mit Behinderung in dieser Legislatur bereits gestartet wurden. Sie wies aber auch darauf hin, dass gerade die Initiativen seitens der Opposition v.a. bezüglich der schulischen Integration, welche viele der ZuhörerInnen einforderten, aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Sande verlaufen – Mehrheitsverhältnisse, die auch durch die Wahlergebnisse im doch eher konservativ geprägten Erzgebirge bestimmt werden.



Hanka Kliese stellte in Schwarzenberg die parlamentarischen Initiativen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vor.



„Ein Tag der Demokratie“ in Bonn - Abschluss des BürgerForums 2011(von Sabine Sieble)

Als Teilnehmerin des BürgerForums 2011 fuhr ich am Samstag, den 28. Mai mit einer insgesamt 15köpfigen Chemnitzer Delegation nach Bonn, um das Bürgerprogramm unserer Stadt dem Bundespräsidenten Christian Wulff im ehemaligen Plenarsaal des Bundestags zu überreichen. Am 14. Mai wurde das Programm bereits Chemnitzer Stadträten, Landtags- und Bundestagsabgeordneten vorgestellt (siehe hierzu der Newsletter vom Mai 2011). Über 500 TeilnehmerInnen aus den 25 Städten und Regionen, die sich am BürgerForum beteiligt hatten, diskutierten in der Bundesstadt Bonn mit VertreterInnen aus Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft über ihre Vorschläge. Durch nahezu alle Bürgerprogramme zogen sich dabei zwei wesentliche Forderungen an die Politik: erstens die Schaffung eines bundes einheitlichen Bildungssystem sowie zweitens mehr Transparenz seitens der politischen Akteure und der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung. Sicherlich hat das BürgerForum dazu beigetragen zu vermitteln, dass Politik ein ständiger Aushandlungs- und nicht immer einfacher Konsensfindungsprozess ist, doch erhofften sich viele TeilnehmerInnen vor allem Antworten auf die Frage, was nun mit den Programmen und Vorschlägen geschieht. Leider zog sich durch die Abschlusserklärung des Bundespräsidenten das von vielen BürgerInnen zu Recht als „Ausrede“ kritisierte „Vieles sei zwar wünschenswert, aber nicht finanzierbar.“ Die in der ersten Diskussionsrunde erhobene Forderung des ehemaligen Intendanten des WDR, Dr. h.c. Fritz Pleitgen, das BürgerForum und damit diese Art der Bürgerbeteiligung MUSS die repräsentative Demokratie ergänzen (Wulff sagte eingangs, das Forum KANN diese ergänzen), wird in vielen Städten und Regionen gerade bei lokalen Vorhaben in Zukunft praktiziert – wie einige anwesende Landräte und (Ober-)BürgermeisterInnen versicherten. Da sich Wulff mehrfach bei den BürgerInnen für ihre Teilnahme „an diesem Experiment“ bedankte, bleibt nur zu hoffen, dass es gerade dieses nicht ausschließlich war.



Bundespräsident Christian Wulff spricht im ehemaligen Bundestag in Bonn zu den TeilnehmerInnen des BürgerForums

